

Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:
Helmut G. Schmidt
Heussallee 2-10, 5300 Bonn 1

Postfach: 12 04 08
Telefon: (02 28) 21 90 38/39
Telefax: 08 68 846 opbn d

Inhalt

Dr. Liesel Hartenstein
MdB, Mitglied des Innen-
ausschusses des Deutschen
Bundestages, wirft der
Bundesregierung vor, ihre
Vorsorgepflicht für Ge-
sundheit und Leben zu ver-
nachlässigen: Säuglings-
sterben durch Luftver-
schmutzung.

Seite 1

Robert Antretter MdB, Mit-
glied der Parlamentari-
schen Versammlung des Eu-
roparates und Obmann der
Arbeitsgruppe Europa-Kom-
mission der SPD-Bundes-
tagsfraktion, wendet sich
gegen "nationalistische
Kleinkrämerei": Freie
Fahrt durch die EG mit dem
Europa-Paß.

Seite 3

Thomas Schröder MdB verur-
teilt Zimmermanns Auslän-
derpolitik: Mit dem novel-
lierten Ausländerrecht
soll die Zahl der Auslän-
der halbiert werden.

Seite 5

39. Jahrgang / 48

8. März 1984

Luftverschmutzung als Ursache für Säuglingssterben

Bundesregierung vernachlässigt ihr Vorsorgepflicht für
Leben und Gesundheit

Von Dr. Liesel Hartenstein MdB
Mitglied des Innenausschusses des Deutschen Bundestages

Eigentlich hätte man's wissen müssen: was den Bäumen nicht bekommt, können auch die Menschen auf Dauer nicht ohne Schaden aushalten. Wenn bei einem Kinderarzt in Essen an einem Nachmittag bei bestimmten Inversionswetterlagen bis zu 20 Fälle von Pseudo-Krupp-Husten eingeliefert werden; wenn eine deutliche Parallelität zwischen der Häufigkeit des sogenannten "plötzlichen Kindstods" (SIDS) und der Höhe der Luftbelastung festgestellt wird; und wenn bekannt ist, daß im Kohlenrevier Nordböhmens das Wachstum der dort geborenen Kinder um zwei bis drei Jahre gegenüber dem Durchschnitt zurückbleibt und bei Reihenuntersuchungen 1980 sich ergeben hat, daß fast zwei Drittel der Jugendlichen körperliche Dauerschäden erlitten haben - wenn man dies alles weiß, dann sind im Grunde bereits genügend Daten vorhanden, um die politisch Verantwortlichen zum Handeln zu veranlassen.

Die Forderung lautet: Wahrnehmung der Vorsorgepflicht zum Schutz der menschlichen Gesundheit. Weitere Forschungen und Feldversuche werden damit nicht überflüssig, im Gegenteil - bei einem Bundestags-Hearing, das der Ausschuß für Jugend, Familie und Gesundheit über die "Auswirkungen der Luftverschmutzung auf die menschliche Gesundheit" veranstaltete, waren die Sachverständigen einig darin, daß die epidemiologische Langzeitforschung in der Bundesrepublik noch sehr im argen liegt. Aber es ist nicht verantwortbar, auf Ergebnisse von Langzeituntersuchungen zu warten, wenn heute schon klar ist, daß zum mindesten sogenannte Risikogruppen - Säuglinge, Kleinkinder, ältere Menschen, Asthmatiker - Schäden an Leben und Gesundheit davontragen. Schwefeldioxid führt zu chronischen Atemwegserkrankungen, Sulfateilchen dringen bis tief in die Lunge ein.

Verlag:
Sozialdemokratischer
Pressedienst GmbH
Heussallee 2-10/217
5300 Bonn 2

Kundgeber-Umsatz
zur vermehrten Rohstoff-
Beschaffung



Zusammen mit Schwelstaub und anderen Luftschadstoffen wird bei Kleinkindern dadurch der lebensgefährliche Krupp-Husten ausgelöst. Kohlenwasserstoffe wirken krebsfördernd, Stickoxide und Kohlenmonoxide schädigen das Herz-Kreislauf-System und erhöhen bei Smoggefahr die Sterblichkeitsrate. Die Weltgesundheitsorganisation schätzt, daß heute 80 bis 90 Prozent aller Krebsfälle auf Umweltverschmutzung zurückzuführen sind.

Was muß getan werden?

1. Die zulässigen SO_2 -Werte der TA Luft sind zu hoch, es sind die höchsten in der Welt. Eine Senkung um mindestens die Hälfte ist erforderlich.
2. Die Spitzenkonzentrationen müssen stärker berücksichtigt werden, da sie, wenn auch nur kurzfristig wirksam, weit schädlicher sind als die Dauerbelastung. Deshalb ist der sogenannte Kurzzeitwert drastisch zu reduzieren, und zwar auf etwa ein Viertel des heute zulässigen Werts.
3. Die Smog-Verordnungen müssen verschärft werden, für Schwefeldioxid um den Faktor 10 und für Kohlenmonoxide um den Faktor 5. Das heißt, die Auslösung von Smog-Alarm muß schon bei viel niedrigeren Werten erfolgen.
4. Die Erstellung eines landesweiten Krebsregisters als Grundlage für die Erforschung der Zusammenhänge zwischen Umweltverschmutzung und Krebshäufigkeit ist unverzichtbar. Für Fälle von Krupp-Husten und spastische Bronchitis sollte eine Meldepflicht eingeführt werden.
5. Ärzte und Wissenschaftler müssen Zugang zu den Daten der Luftmeßstationen haben.
6. Die Reduzierung der Luftverschmutzung muß bei den Emittenten ansetzen, insbesondere bei der Industrie, den Kraftwerken und dem Kraftfahrzeugverkehr. Klares Ergebnis der Sachverständigenaussagen: die bis heute ergriffenen Maßnahmen, Auflagen und Vorschriften, reichen bei weitem nicht aus, um die menschliche Gesundheit zu schützen.

Worauf will die Bundesregierung eigentlich noch warten? Das im Grundgesetz verankerte Recht auf "körperliche Unversehrtheit" ist nicht mehr garantiert, wenn die Atemluft krank macht. Und diese Entwicklung nimmt zu. Je mehr die Filterfunktion des Waldes ausfällt, weil die Bäume absterben, desto mehr gelangen die Schmutzpartikel direkt in den Boden, ins Wasser und in unsere eigenen Lungen.

Nicht unbeachtet bleiben dürfen zwei weitere Erkenntnisse: schon der Konsum von ein bis drei Zigaretten pro Tag verdoppelt das Krebsrisiko.

Neben der Außenbelastung der Luft spielt auch die Innenraumbelastung eine erhebliche Rolle: durch Verwendung bestimmter Holzschutzmittel, Farben, Lacken, Reinigungsmitteln, Sprays et cetera kann in den Wohnräumen eine erhebliche Kontamination entstehen, die zusätzlich zur Gesundheitsschädigung beiträgt. - Von den 150.000 Krebstoten pro Jahr sterben heute 25.000 an Lungenkrebs. Soll unseren Kindern ein frühes Siechtum drohen, weil wir nicht gewillt sind, endlich die Notbremse zu ziehen?

In Japan gibt es seit 1973 ein "Gesetz zur Entschädigung für umweltbedingte Gesundheitsschäden". 80 Prozent der Erkrankungen sind durch Luftverschmutzung verursacht. Industrie und Kraftwerksbetreiber hatten 1983 90 Milliarden Yen (circa 950 Millionen DM) an Entschädigungen zu bezahlen. Das macht die Kranken zwar nicht wieder gesund, aber es verhindert weitere Erkrankungen: denn innerhalb von acht Jahren haben die Japaner die SO_2 -Belastung der Luft auf ein Viertel reduziert, und 90 Prozent der PKW's fahren heute mit Abgaskatalysatoren.

Ein Blick über den Tellerrand könnte der Bundesregierung zeigen, daß Luftreinhaltung nicht an der Technik scheitert; sie scheitert nur da, wo der politische Wille fehlt.

+ + +

(-/7.3.1984/ks/rs)

Gegen die nationalistische Kleinkrämerei

Europakommission für Abschaffung der Grenzkontrollen schon zum 1. Januar 1985

Von Robert Antretter MdB

Mitglied der Parlamentarischen Versammlung des Europarates

Obmann der Arbeitsgruppe Europa-Kommission der SPD-Bundestagsfraktion

Allmählich bekommen sie Angst. Wenn die Regierungen der Europäischen Gemeinschaft die Bilanz ihrer Tätigkeit auf "Gipfeln" oder im Ministerrat während der letzten fünf Jahre ziehen, finden sie wenig Trost. Ein Vierteljahr vor der zweiten Direktwahl des Europäischen Parlaments haben Minister in Europa schwache Argumente. Die nationalistische Kleinkrämerei in Brüssel hat den 17. Juni 1984 zur echten Testwahl gemacht. Die europäischen Bürger haben die seltene Gelegenheit, für die Dauerkrise der EG mit einem Denkkärtchen zu quittieren. Freilich nützen die Wähler ihre Chance nur dann, wenn sie mit hoher Beteiligung jene Straßburger Abgeordnete stärken, die dem leeren Getriebe von Bürokratien und nationalen Regierungen nicht länger zusehen wollen.

So hätte es nicht erst der skandalösen Ereignisse am Brenner bedurft, um die Misere eines beschränkten Europa überdeutlich werden zu lassen. Seit 1925 fordern wir Sozialdemokraten die Vereinigten Staaten von Europa als politische Gemeinschaft. Plötzlich spricht selbst der Ministerrat von "Europa zum Anfassen". Und mit Blick auf den 17. Juni 1984 gehört es geradezu zum guten politischen Ton, in visionären Sonntagsreden das "Europa ohne Grenzen" zu beschwören.

Mit ihrer jüngsten Empfehlung an die Bundesregierung hat die Europakommission des Deutschen Bundestages, die aus je elf Abgeordneten des Bundestages und des Europäischen Parlaments besteht, in realistischer Weise auf solche Rhetorik reagiert und die Initiative ergriffen. Die Kommission fordert mit einstimmigem Beschluß, daß zum 1. Januar 1985 mit Einführung des Europa-Passes die Grenzkontrollen für EG-Bürger, die den Paß besitzen, entfallen sollen. Wenn die anderen Staaten diese Erleichterung des Personenverkehrs nicht mitmachen wollen, dann verzichtet die Bundesregierung "einseitig an den innergemeinschaftlich deutschen Grenzen bei Inhabern des Europa-Passes auf jegliche Kontrolle". Weiterhin wird die Bundesregierung aufgefordert, nach zweijähriger probeweiser Einführung dem Bundestag über die Auswirkungen dieser Neuregelung etwa auf die Verbrechensbekämpfung zu berichten.



Drei Punkte sind bemerkenswert:

1. Der Vorschlag, die Inhaber des Europa-Passes auf einer Sonderspur ohne jede Kontrolle abzufertigen, demonstriert recht handfest die praktischen Vorteile eines vereinigten Europa. Europäische Identität würde auf diese Weise überaus sinnlich gemacht.
2. Der Termin zum 1. Januar 1985 bedeutet in jedem Fall den Verzicht auf maschinelle Lesbarkeit des Europa-Passes. Das wäre ein Sieg des Datenschutzes und zugleich eine Niederlage für all jene, denen polizeiliche Sicherheit stets vor bürgerlichen Freiheitsrechten geht. Der Europa-Paß zum 1. Januar 1985 kann nicht mehr für die Einrichtung und Erschließung von Dateien verwendet werden. Und er läßt sich auch nicht dazu mißbrauchen, von seinem Inhaber Bewegungsprofile, das heißt eine ständige Feststellung, wohin er ein- und ausgereist ist, zu erstellen. Soviel Freiheit müßte ein demokratisches und liberales Europa riskieren.
3. Dieser Beschluß der Europakommission ist mit den Stimmen aller Fraktionen des Bundestages und des Europäischen Parlaments zustandegekommen. Offenbar setzt sich die Erkenntnis durch, daß, wie es Willy Brandt formuliert hat, "bei der Rettung der EG alle an einem Strang ziehen müssen". In der Tat ist der historische Prozeß der europäischen Einigung keine Frage von Regierung und Opposition. Durch alle Enttäuschung hindurch weisen die Interessen der Völker selbst die Richtung.

Nun ist es zwar verständlich, wenn manche skeptisch sind und in der Einführung des Europa-Passes nur Augenwischerei sehen. Es gibt ja genügend Grund zum Ärger. Dennoch sollten insbesondere wir Sozialdemokraten alles tun, damit nicht - wie so oft in der Geschichte - das Kind mit dem Bade ausgeschüttet wird. Es ist doch gar nicht schlecht, wenn jetzt - da der Ministerrat in der Sackgasse steckt - Symbole der europäischen Bewegung in den Vordergrund rücken - von der Europaflagge bis zum Europapaß. Wer die "Selbstbehauptung Europas" (Horst Ehmke) wirklich will, der braucht dazu auch die Schubkraft von politischen Parteien, Gewerkschaften und Bürgerbewegungen. In diesem Sinn könnte der Europa-Paß schon zum 1. Januar 1985 durchaus ein Anreiz sein, der Herz und Verstand bewegt.

Mit ihrem Beschluß hat die Europakommission bewiesen, daß sie auf europäisches Handeln drängt. Sie kommt damit dem wachen Bewußtsein der Bürger entgegen.

(-/8.3.1984/ks/rs)

+ + +



Zimmermann plant ein "Ausländer-raus"-Gesetz

Mit einem novellierten Ausländergesetz soll die von Kohl proklamierte Halbierung der Ausländerzahlen erreicht werden

Von Thomas Schröer MdB

In der Bundesrepublik leben 4,5 Millionen Ausländer, von denen die meisten auf Dauer bleiben wollen. Lange Zeit hat sich die offizielle Politik geweigert, von der Tatsache Kenntnis zu nehmen, daß die Bundesrepublik Deutschland ein Einwanderungsland ist; genau: bis zum Anwerbepost 1973 gewesen ist.

Im Zeichen der Wirtschaftskrise hat sich manches verändert. Spätestens seit der Bundestag sich im Februar 1982 in einer Debatte umfassend mit den Problemen der ausländischen Mitbürger beschäftigt hat, können die Ausländer als für die Innenpolitik entdeckt gelten. In den 15 Jahren zuvor sind im Bundestag häufiger, intensiver und ausführlicher Probleme etwa von Amateurfunkern diskutiert worden, als die Probleme von Millionen bei uns lebender Ausländer.

Schon die erwähnte Bundestagsdebatte machte deutlich, daß das Interesse der Unionsparteien nicht darauf gerichtet ist, die Probleme der bei uns lebenden Ausländer zu lösen und Grundlagen für ein gut nachbarschaftliches Zusammenleben von Deutschen und Ausländern zu schaffen, sondern daß sie es vielmehr darauf anlegen, die Zahl der Ausländer in der Bundesrepublik drastisch zu vermindern. Der Bundeskanzler selbst sprach davon, daß die Zahl der Ausländer während seiner Amtszeit um 50 Prozent vermindert werden solle. In dankenswerter Klarheit wird diese Position dargelegt in einem Referentenentwurf des Bundesinnenministeriums für ein neues Ausländergesetz.

Mit der Novellierung dieses Gesetzes will Zimmermann erst erreichen, was er unter Leugnung aller Gegebenheiten behauptet: "Wir sind kein Einwanderungsland."

Um diese Behauptung zur Tatsache zu machen, plant das Ministerium folgende Maßnahmen:

1. Die Bundesregierung soll per Gesetz ermächtigt werden, "die Erteilung oder Verlängerung von Aufenthaltserlaubnissen allgemein oder für bestimmte Ausländergruppen oder Aufenthaltsw Zwecke ausschließen (zu können)".

Nach einem solchen Beschluß würde es für die bei uns lebenden Ausländer keinerlei Rechtssicherheit mehr geben. Jederzeit könnte die Bundesregierung mit einer Rechtsverordnung das Aufenthaltsrecht der bei uns lebenden Ausländer aufheben.



2. Die Aufenthaltserlaubnispflicht soll auf Ausländer, die jünger als 16 Jahre sind, ausgedehnt werden.

Bislang war bis zum Alter von 16 Jahren eine Aufenthaltserlaubnis nicht erforderlich.

3. Der Nachzug von Ehegatten von Ausländern soll erschwert werden. Unter anderem ist vorgesehen, daß der Nachzug von Ausländern zum Zwecke der Ehefrau bundesweit kontingentiert wird.

4. Zimmermanns Ministerium hält natürlich auch an dem Plan fest, den Nachzug von Kindern auf Kinder unter sechs Jahre zu beschränken.

Daß eine solche Regelung zahllose Familien auseinanderreißen würde, obwohl die Familie unter den ausdrücklichen Schutz unseres Grundgesetzes gestellt ist, kümmert das Ministerium offenbar wenig.

5. Die Ausweisungsmöglichkeiten sollen drastisch erweitert werden.

Für unglaublich halte ich vor allem den Vorschlag, daß die Möglichkeit der Ausweisung für Ausländer eingeführt werden soll, die Arbeitslosenhilfe beziehen. Arbeitslosenhilfe wird nur an Ausländer gezahlt, die in Deutschland als Arbeitnehmer Beiträge zur Arbeitslosenversicherung geleistet und sich damit aus eigener Kraft Rechtsansprüche erworben haben. Nirgends in diesem Konzept wird deutlicher, daß nicht humane Gesichtspunkte, sondern ausschließlich wirtschaftliche Nützlichkeit darüber entscheiden soll, ob Ausländer bei uns geduldet oder abgeschoben werden sollen.

Die genannten Punkte sind eine kleine Auswahl aus einer Vorlage, die als Marschrichtung für die Novellierung des Ausländergesetzes eine inhumane und unsoziale Ausreisepolitik anvisiert.

Wir müssen davon ausgehen, daß Bundeskanzler Kohl seine Ankündigung, die Zahl der bei uns lebenden Ausländer auf die Hälfte reduzieren zu wollen, ernst gemeint hat und das die beschlossene "Rückkehrförderung" nur der erste Schritt auf einem Weg war, an dessen Ende Verhältnisse stehen können, die die bei uns lebenden Ausländer jeder Willkür aussetzen. Abgesehen von den schwer erträglichen Konsequenzen für die Betroffenen, kann eine solche Politik nur dazu beitragen, Vorurteile und Feindschaft zu fördern. Liberalität und Demokratie werden daran Schaden nehmen.

(-/8.3.1984/ks/rs)

+ + +

